

21. III. 1919

M

Landeskonferenz der Soldatenräte.

Mittwoch und Donnerstag tagte im Volkswehrkommandogebäude in der Universitätsstraße eine Landeskonferenz der Soldatenräte Niederösterreichs, in der auch Präsident Seitz, die Abgeordneten Dr. Adler und Eidersch, Oberst Wallerstorfer vom Staatsamt für Volksernährung, als Vertreter der Landesregierung Dr. Skribensky und als Vertreter des Landesbefehlshabers Oberst Haas erschienen.

Seitz begrüßte die Konferenz namens der sozialdemokratischen Partei und führte aus: Zwischen der Partei und der Volkswehr haben vom Anfang an die besten Beziehungen bestanden. Das ist auch selbstverständlich. In der Monarchie wie in der Republik hat die Wehrmacht die Aufgabe, die Staatsform und die Staatsgewalt zu verteidigen. Verteidigte früher der Soldat die Monarchie und den Herrscher, so schützt er heute die Monarchie und das Volk. Die Männer der Volkswehr sind Männer des Volkes. Sie wirken gemeinsam mit dem gemeinsamen wertvollen Volke

zung verlangte, daß den Liquidierenden Truppen eine Verteilung in den Soldaten- und Arbeiterkräften gewährt werde. Nach einer längeren Debatte wurde vereinbart, die Entscheidung über die Verteilung der liquidierenden Militärpersonen dem Reichsvollzugsausschuß zu überlassen.

Ueber die Organisation der Soldatenräte, die interne und politische, sprach zunächst Soldatenrat Dachs, der betonte, daß diese Organisation so ausgebaut werden müsse, daß die zukünftige Wehrmacht ein sicherer, stets schlagfertiger Hüter der Republik sei. Es sei vor allem notwendig, daß für die Volkswehr öfter politische Versammlungen abgehalten werden. Alle folgenden Redner sprachen sich dahin aus, daß alles getan werden müsse, die Volkswehr bis zum letzten Manne mit sozialistischem Geiste zu durchdrängen.

Oberst Haas erklärte, daß auch alle Offiziere vom republikanischen Geiste durchdrungen sein und alle ihre Handlungen danach einrichten müssen.

Hierauf sprach über einheitliche Maßnahmen der Arbeiter- und Soldatenräte zur Aufbringung von Lebensmitteln und Bekämpfung des Schleichhandels zunächst Soldatenrat Schmid, der darlegte, daß auf dem Lande gegen die Behörden ein großes Mißtrauen herrsche und daß dort die Lebensmittelzubereitung eine bessere war, wo die Soldatenräte im Einvernehmen mit den Behörden mitgewirkt haben.

Dr. Skribensky berichtete, daß die Landesregierung eine Landeswirtschaftskommission einberufen habe, die aus acht Vertretern der Landwirte und je vier Vertretern der Arbeiter- und Soldatenräte besteht. Die Kommission werde sich mit der Ausbringung und Verteilung von Lebensmitteln befassen und den politischen Behörden Vertreter der Landwirte, Arbeiter- und Soldatenräte beordnen.

Abgeordneter Eidersch führte aus: Das Ernährungsproblem ist ungemein schwierig. Bei einem Bedarf von 8 1/2 Millionen Meterzentner Brotgetreide produzieren wir höchstens zwei Millionen Meterzentner. Durch die Kriegsverhältnisse sind Produzenten und Konsumenten vollständig demokratisiert worden. Die Bauern glauben jetzt, die Freiheit in der Republik gebe ihnen die Freiheit, mit ihrer Ernte zu tun, was sie wollen. Es müssen nach dem Proportz Ortswirtschaftskommissionen gewählt werden, Bezirke- und Landeswirtschaftskommissionen und schließlich eine Reichswirtschaftskommission. Die Verteilung muß durch eine Reichsstelle geschehen. Es geht nicht an, daß sich ein Land oder ein Bezirk abschleife. Der Schleichhandel muß bekämpft, der Ausfuhrverkehr freilich kann erst dann eingestellt werden, wenn die Bevölkerung die zum Leben notwendigen Nationen zugewiesen erhalten kann.

In der darauf folgenden Debatte erzählte Soldatenrat Pflangl, daß die Tabakregie den Schleichhandel im großen betreibt. Um für ihre Lebensmittelmagazine Lebensmittel zu erhalten, gebe sie den Landwirten Tabak und Zigarren.

Oberst Wallerstorfer erklärte, das Staatsamt für Volksernährung habe schon früher daran gedacht, die Volkswehr bei der Ausbringung von Lebensmitteln heranzuziehen. Wir seien aber vor allem auf die Entente angewiesen. Das, was diese liefert, sei aber so wenig, daß die Erhöhung

an der großen Aufgabe, die uns allen gestellt ist, der Erringung der wirtschaftlichen Gleichheit durch den Sozialismus. Ist das Ziel für alle dasselbe, so ist es doch selbstverständlich, daß über Weg und Tempo die Meinungen auseinandergehen. In anderen Staaten trägt man diese Meinungsverschiedenheiten mit der Gewalt der Waffen aus. Blut und Leiden zeichnen den Weg. Die Republik Österreich ist bisher davon verschont geblieben, daß zu den fürchterlichen Opfern des imperialistischen Krieges noch Opfer des Nichtigkeitskrieges fallen, Brüder gegen Brüder mit Waffen kämpfen. Das danken wir der Klugheit der Arbeiterschaft und der Volkswehr, der guten Taktik anderer, die eines Willens sind, Meinungsverschiedenheiten nicht mit der Waffe auszutragen, sondern mit der Macht der Argumente. Was immer man anderwärts an politischer Freiheit und sozialem Fortschritt erreicht hat, das haben auch wir erreicht ohne Vorturvergleichen. Möge es ferner so bleiben, möge uns der Geist treuer Kameradschaft leiten, der Geist der Gemeinschaft im Kampf für die Befreiung des wertvollen Volkes! (Beifälliger Beifall.)

Ein Erklattet den Tätigkeitsbericht. Er legte dar: Wir haben unser besonderes Augenmerk der Bekämpfung der aus dem Militär auscheidenden Soldaten zugewandt. Vor allem werden natürlich Invaliden berücksichtigt. Für die Soldatenräte wurden für Dienstfahrten Entschädigungen durchgeführt. Aus politischen Gründen wurde die Verlegung der Artillerie von Wiener-Neustadt und St. Pölten nach Wien verhindert. Die Soldatenräte werden weiter bei der Sachdemobilisierungskommission intervenieren, daß vom Kriegsgefangenenlager Sprague die von den Kriegsgefangenen erzeugten Möbel an Invaliden und junger heiratete Volkswehrleute abgegeben werden. Wir haben auch erreicht, daß das Brot nicht mehr aus der Pöhlung bestritten werden muß. Für die ausrüstenden Volkswehrleute haben wir eine Abfertigung von 300 Kronen verlangt. Wir verlangen weiter, daß der Unterhaltsbeitrag für die ganze Dauer des Bestandes der Volkswehr festgesetzt werde.

Nach Vornahme der Wahlen der Delegierten in den Reichsvollzugsausschuß sprach Schubauer über die Stellungnahme der Soldatenräte Niederösterreichs zu dem Landesvollzugsausschuß der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte. Er betonte die unbedingte Notwendigkeit des Zusammenarbeitens der Arbeiter- und Soldatenräte. Nur dadurch könne die Notlage der Bevölkerung gemildert werden.

Nach einer längeren lebhaften Wechselrede über die Befugnisse der Soldatenräte ergriß auf Anforderung Adler das Wort und führte aus: Der Gedanke der Räteorganisation ist zuerst in Rußland entstanden und hat bei uns Nachahmung gefunden. Unsere Räteorganisation ist aber etwas anderes als die russische. Bei uns ist sie eine gewisse Form der Organisation der Arbeiterklasse, in Rußland ist sie eine Verfassung des Staates. Theoretisch liegt das, was in Rußland gemacht wird, keineswegs außerhalb des sozialistischen Gedankens. Anders ist die Frage, ob es praktisch sei, wenn wir zum Räteystem übergehen würden. In unserer Nationalversammlung sind die Kapitalistenvertreter so gut wie ausgeschaltet, sie setzt sich in der Hauptsache aus Arbeiter- und Bauernvertretern zusammen. Nun hat man in Rußland die Bauern degradiert. Dort hat ein bäuerlicher Wahlkreis fünfmal so viel Stimmen angebracht als ein städtischer. Das ist wohl der schwächste Punkt in der russischen Verfassung. Was aber in Rußland möglich war, wo die Bauern vielfach nicht lesen und schreiben können, würden sich bei uns die Bauern nicht gefallen lassen. Würden wir nun die Wahl der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte durchführen, würde diese Räteorganisation nicht anders ausfallen als die gegenwärtige Nationalversammlung. Wir dürfen daher bei uns nicht zu große Hoffnungen auf das Räteystem setzen, da wir kein Industrie-land, sondern ein Agrarstaat sind. Aber wie müssen an den Ausbau des Räteystems arbeiten, das unsere Schlagkraft erhöhen soll. Sie hat neben der Räteorganisation zu funktionieren. Es liegt uns die Pflicht ob, aus dem Räteystem, wie es bei uns besteht, so viel als möglich herauszuholen, um im Klassenkampf des Proletariats siegreich zu sein. (Stürmischer Beifall.)

der Quoten nicht durchgeführt werden könne. Dazu komme daß wir der Entente ungeheure Preise zahlen müssen. Das Einstellen des Ausfuhrverkehrs könne nur allmählich vollzogen werden.

Leo Deutsch berichtet über die Hausdurchsuchungen der Volkswehr nach Lebensmitteln in Wien. Die Volkswehr habe nun im Einvernehmen mit der Polizei und dem Kriegswucherveramt Vereinbarungen wegen eines einheitlichen Vorgehens zur Bekämpfung des Lebensmittelwuchers und des Schleichhandels getroffen.

Müller erzählte, daß die Bezirkshauptmannschaft Horn bei der Ausbringung der Lebensmittel vollkommen versagt habe. Die Nichtselbstversorger des Bezirkes haben seit Monaten ihre Forderungen nicht erhalten.

Es wurde nun eine Reihe von Anträgen gestellt und dem Reichsvollzugsausschuß zugewiesen und eine Entschädigung angenommen, nach der es die Soldatenräte als ihre höchste Pflicht erachten, für den Sozialismus und seine Ideale einzutreten, die politischen Organisationen aufs tatkräftigste zu unterstützen und, wo noch keine solchen bestehen, sie ins Leben zu rufen. Sie erwarten, daß ihnen die Arbeiterräte dabei fördernd zur Seite stehen.

Nach einigen warmen Schlußworten des Vorsitzenden wurde die Tagung geschlossen.